



# Landesschülervertretung Hessen

Interessenvertretung aller Schülerinnen und Schüler in Hessen

LSV Hessen II Georg-Schlosser-Str. 16 II 35390 Gießen II www.lsv-hessen.de II post@lsv-hessen.de II 06/2006

## Schulverschickung 06/2006

„Zeit, dass sich was dreht, Zeit, dass sich was bewegt!“

Gießen, den 24. Juni 2006

Liebe Schülerinnen und Schüler!

Passend zum offiziellen Stimmungsmacher der Fußball-WM haben wir uns auch in der Landesschülervertretung Gedanken gemacht und waren uns einig, dass es Zeit ist, unserem „ChefKoch“ die Suppe zu versalzen. Sicherlich stehen auch an eurer Schule Themen wie „Unterrichtsgarantie Plus“ und die Einführung von Studiengebühren ganz oben auf der Tagesordnung.

In dieser Schulverschickung haben wir uns genau mit diesen brisanten bildungspolitischen Themen auseinandergesetzt. Um euch die Diskussion in eurer SV oder Schule ein wenig zu erleichtern, haben wir neben einer Plakatserie zu „Unterrichtsgarantie Plus“, „Lehrmittelfreiheit“, „Ausbildungsplatzmangel“ und „Schulzweigschließungen“, auch passende Flyer und Diskussionsleitfäden mit vielen wichtigen Infos für euch erstellt.

An dieser Stelle bedanken wir uns recht herzlich für die finanzielle Unterstützung der LandesAstenKonferenz, ohne die wir unsere zahlreichen Plakate und Flyer nicht hätten finanzieren können.

Also:

Aufhängen! (SV- Brett eignet sich besonders gut!)

Verteilen!

Diskutieren!

Demonstrieren für eine bessere Bildung in unserem Land! Wie das funktioniert, ist auf einem recht anschaulichen Demo-Rechte-Plakat aufgezeigt, das ihr am besten in eurer SV besprecht und direkt an eure Klassensprecher weitergebt.

Solltet ihr zu unserer Bildungskampagne noch Fragen oder Anregungen haben, könnt ihr euch gern bei uns melden, am besten per mail unter [post@lsv-hessen.de](mailto:post@lsv-hessen.de).

Neben dem Material der Kampagne findet ihr auch Plakate für unser Sommercamp, das in diesem Jahr in der Nähe von Wiesbaden stattfindet und zu dem wir euch herzlich einladen. Wie ihr euch anmeldet und was ihr sonst noch wissen müsst steht auf den entsprechenden Flyern. Wenn ihr hierzu Fragen habt, steht euch Katharina Horn, die vertretende Landesschulsprecherin unter [katha@ksr-sek.de](mailto:katha@ksr-sek.de) zur Verfügung.

Unsere aktuelle Pressemitteilung und findet ihr ebenfalls in dieser Schulverschickung.

Eine kleine Überraschung aus Spiel, Spaß und Spannung könnt ihr selbst suchen.

Ansonsten bleibt mir noch, euch eine nette stressfreie Schulzeit bis zu den nahenden Sommerferien zu wünschen, schöne, lange und erholsame Ferien und einen angenehmen Start in das neue Schuljahr. Denkt immer daran: Eure Arbeit ist sehr wichtig und es ist toll, dass es Schülerinnen und Schüler gibt, die sich engagieren- weiter so!

Solidarische Grüße

Katharina Kappelhoff

Landesschulsprecherin

### Inhalt:

Info SV-Buch

Info Vollversammlung

Aktionsgruppen

Pressemitteilung [v.18.06.06]

Diskussionsleitfäden

... Studiengebühren

... Schulschließung

... Ausbildung

... Unterrichtsgarantie +

Demoaufruf [am 06.07.2006]

u.v.m.

### SV-Buch

An alle interessierten und wissensdurstigen SV-Menschen!

Bald ist es endlich soweit! Nach einigen Ankündigungen folgt nun die Letzte. Wofür? Natürlich für unser neues SV-Buch. Der letzte Schliff ist gemacht und der fertige Entwurf ist nun beim Layout, sodass ihr pünktlich zum kommenden Schuljahr die Infos bekommt, die ihr rund um SV gebrauchen könnt - schön verpackt als SV- Buch von eurer Landesschülervertretung.

Inhaltlich hat es einiges zu bieten. Gespickt mit unzähligen Tipps und Tricks, um euch bei eurer SV- Arbeit behilflich zu sein. Besonders der Wahlteil soll euch helfen eure Wahlen schnell, gut und problemlos über die Bühne zu bringen.

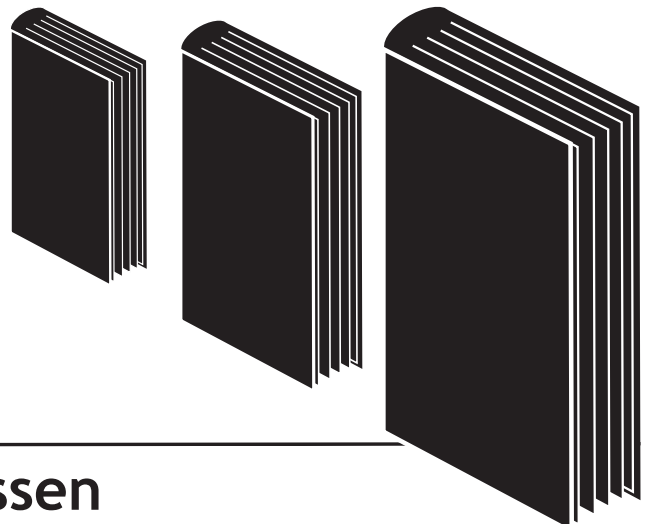
Sobald das Buch fertig ist, sagen wir euch natürlich Bescheid. Dann habt ihr die Möglichkeit, dieses außergewöhnliche, einmalige Buch bei uns zu bestellen, Näheres zu Bestellung und Versand folgt.

So dann wünscht euch das Redaktionsteam einen schönen Schuljahresabschluss und ein kreatives neues SV-Jahr mit vielen tollen Ideen und Projekten.

Wie immer könnt ihr uns natürlich auch direkt kontaktieren bei Fragen rund um SV.

Viele Grüße

Katharina Kappelhoff für die SV-Buch Redaktion



## Diskussionsleitfaden

# Studiengebühren

Gute Bildung braucht Zeit - hessische Geld.

**Studiengebühren fördern soziale Ungerechtigkeit, wirken ökonomisch destruktiv, zerstören die Bildungsvielfalt in Hessen und verstoßen gegen die hessische Verfassung, denn...**

... jungen Menschen aus sozial schwachen Verhältnissen wird die, trotz BaföG und Studentenjob, schwierige Finanzierung des Studiums um ein nicht mehr tragbares Maß verteuert. Dies treibt die im Schulsystem bereits begonnene Selektion nach Vermögen endgültig auf die Spitze.

... 2015 steht uns aufgrund der demographischen Entwicklung ein Fachkräftemangel ins Haus. Die Studierendenquote muss also gesteigert werden und nicht, was Studiengebühren jedoch bewirken, gesenkt. Junge Menschen müssen motiviert werden ein Studium zu beginnen, auch finanziell über Erhöhung des BaföG. ... §59 (1) erster Satz der hessischen Verfassung sagt: „In allen öffentlichen Grund-, Mittel-, höheren und Hochschulen ist der Unterricht unentgeltlich.“ Hieran ändert auch ein nebulöses, von der CDU-Landesregierung in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten eines Berliner Grafen nichts.

**Befürworter von Studiengebühren behaupten häufig es gäbe sozialverträgliche und qualitätsteigernde Studiengebührenmodelle. Die häufigsten Behauptungen haben wir hier kurz zusammengefasst und korrigiert:**

Wer studiert verdient später viel Geld, lediglich während des Studiums selbst fehlt häufig die Finanzierung. Daher ist es legitim nachgelagerte Studiengebühren zu erheben.

*Aber ein Studium garantiert keineswegs einen gut bezahlten Arbeitsplatz. Auch Akademiker können nach dem Studium in die Arbeitslosigkeit rutschen. Die Refinanzierung des Studiums erfolgt richtigerweise über ein progressives Steuersystem, das starke Schultern stärker belastet als schwache. Wer der Meinung ist, dass besserverdienende Akademiker stärker zur Kasse gebeten werden sollten, sollte sich also für die Anhebung des Spitzensteuersatzes engagieren.*

Studiengebühren verbessern die finanzielle Lage der Universitäten.

*Aber Länder wie Österreich und Australien zeigen, dass Studiengebühren i.d.R. lediglich zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet werden. Oft fließen die Studiengebühren direkt in den Staatshaushalt, aber auch wenn sie zunächst den Universitäten direkt zu Gute kommen, wird ihnen an anderer Stelle das Geld wieder weg genommen: in Hessen ist die Hochschulfinanzierung an die Studierendenzahl gekoppelt, d.h. wenn weniger Menschen studieren, z.B. wegen Studiengebühren, sinken die staatlichen Ausgaben für die Universitäten; Studiengebühren können diese Verluste nicht ausgleichen, der Hochschuletat sinkt. Oft werden Studiengebühren aber auch direkt als Begründung für die Kürzung der Hochschulausgaben herangezogen; frei nach dem Motto „Warum wollt ihr von uns Geld? Ihr könnt doch einfach die Studiengebühren erhöhen!“.*

Viele Studierende studieren viel zu lange. Wer trödeln kann auch Langzeitstudiengebühren zahlen.

*Aber wer ein Doppelstudium führt, hat meist nicht die Möglichkeit alle Vorlesungen und Veranstaltungen zu besuchen, die man besuchen muss; oft liegen diese nämlich parallel. Es hat also nichts mit Trödeln zu tun, wenn jemand sein Studium in der Regelstudienzeit nicht abschließen kann, insbesondere, wenn er/sie nebenbei seinen/ihren Lebensunterhalt verdienen muss.*

*Abgesehen davon kostet es die Universität nichts, wenn der/die Studierende sich mal nicht in eine völlig überfüllte Vorlesung setzt; sein/ihr Name steht lediglich in den Akten der Universität, was bis auf 10 Blatt Papier keine Kosten verursacht.*

Durch die Zahlung von Studiengebühren wird der Professor nun eine Art Dienstleister und muss nun, wie auf dem Markt auch, eine bessere Qualität liefern, was gut für die Studierenden ist.

*Aber dem Professor dürfte es letztendlich egal sein, ob sein Gegenüber 1500€ pro Semester an die Universität zahlt oder nicht, da er persönlich keinen Gewinn daraus schlägt.*

**Es gibt keine sozialverträglichen Studiengebühren. Bildung ist ein Grundrecht und muss kostenfrei bleiben. Wir fordern daher statt sozial selektiver Studiengebühren die progressive Hochschulfinanzierung über die Vermögenssteuer und höhere Spitzensteuersätze. - Es ist fatal, wenn man junge Menschen, die willens sind etwas zu lernen, aus falschen Sparzwängen und einem fehlplatzierten Elitebewusstsein in diesem Anliegen nicht fördert, sondern behindert. Schließlich ist Bildung die Grundvoraussetzung für demokratiefähige, mündige Bürgerinnen und Bürger und zudem das einzige Kapital unseres Landes.**



## Landesschülervertretung Hessen

Interessenvertretung aller Schülerinnen und Schüler in Hessen

LSV Hessen II Georg-Schlosser-Str. 16 II 35390 Gießen II [www.lsv-hessen.de](http://www.lsv-hessen.de) II [post@lsv-hessen.de](mailto:post@lsv-hessen.de) II 06/2006

# Diskussionsleitfaden

## Schulschließungen

**Es gibt immer wieder Politiker, die das gut finden, wenn möglichst viele Schulen geschlossen werden. Die meinen, dass dadurch ja so unheimlich viel Geld eingespart werden kann, dass wir danach alle wunderbar lernen können. Das ist natürlich total daneben! Aber um den netten Damen und Herren das klar zu machen, muss man eben wissen, wie man auf ihre Argumente reagiert und was man an eigenen Argumenten einbringen sollte.**

Erst einmal wird ganz oft total plump mit dem wunderschönen Wort der demographischen Entwicklung und dem demographischen Faktor herumgewedelt! Aber was man uns da weismachen will, stimmt gar nicht! Es wird behauptet, dass dadurch, dass wir in unserem Land so wenige Kinder bekommen (was im Moment die demographische Entwicklung ist...) die Schulen immer leerer werden und sie deshalb geschlossen werden müssen. Aber habt ihr schon einmal eine total leergefegte Schule gesehen? Nein? Kein Wunder, alle Welt beklagt sich ja auch über zu große Klassen und überfüllte Schulen. Die einzigen leereren Schulen sind die auf dem Land, da dort immer weniger Menschen leben.

Jetzt stellt euch mal vor, diese Schulen auf dem Land würden dann zugemacht werden. Die Folge wären endlos lange Schulwege, weil die Schüler, die noch in diese Schulen gehen, dann bis in die nächste Stadt fahren müssten um zur Schule zu kommen. Diese teils endlos langen Schulwege sind einfach niemandem zuzumuten. Außerdem fördert es natürlich nicht wirklich das Lernen und die Aufnahmefähigkeit, wenn man nach einem 2 oder gar 3-stündigen Schulweg in der Klasse sitzt... Je länger der Schulweg, desto weniger Konzentration. Logischerweise! Und da geht die ganze Geschichte auch schon weiter! Weil diese Schüler, die nun nach dem erheblich verlängerten Schulweg glücklich in ihrer Klasse sitzen und dem Lehrer hoffentlich aufmerksam lauschen, haben nun noch mehr Probleme als den Schulweg!

Das nächste Problem ist die Klasse an sich. Ihr könnt euch ja auch vorstellen, dass wenn eine gesamte Schule auf ein paar andere aufgeteilt wird (also ihre Schüler...) dann sind die anderen Schulen schön voll. Somit werden die Klassen logischerweise auch an der oberen Grenze liegen mit ihren Schülerzahlen. Die Klassen sind hoffnungslos überfüllt, um es deutlich zu sagen. Um diesen Ansturm an Schülern auszuhalten, müssten diese Schulen mehr Lehrer zur Verfügung gestellt bekommen. Werden sie sicher auch, aber mit Sicherheit nicht genug, wie es ja schon heute in Hessen ist. Es werden wieder Stückwerkreformen wie die sog. Unterrichtsgarantie Plus eingeführt, bei denen die Bildung auf der Sparflamme vor sich hinköchelt.

Das nächste ist, dass die Schüler, die nun eine neue Schule besuchen müssen auch aus ihrem gewohnten Umfeld gerissen werden. Eine Schule lebt aber davon, dass die Lehrer ihre Schüler kennen und umgekehrt. Nur so kann Menschlichkeit entstehen, was in der Schule sowieso viel zu kurz kommt. Das ist jedoch noch weniger möglich, wenn die Schüler komplett auf eine neue Schule geschickt werden sollen mit neuen Mitschülern und Lehrern, die sie noch nie gesehen haben.

Das letzte Argument ist das vor dem Hintergrund der Arbeitslosigkeit. Was ist eigentlich das Ziel unserer geliebten Landesregierung? Sie will Geld sparen, weil wir das nur zum Schlösserkaufen haben. Aber in welcher Form wird dieses Geld gespart? In Form von Lehrern. Es wird weniger Lehrer geben, das heißt, es wird so auch mehr Arbeitslose geben. Für junge Leute, die gerne den Beruf des Lehrers ergreifen wollen und so neuen Schwung in die Schule bringen können, wollen und sollen wird es noch weniger Platz und Raum geben als bisher und der Beruf an sich wird dadurch sicherlich nicht in seiner Beliebtheit steigen.



---

## Landesschülervertretung Hessen

Interessenvertretung aller Schülerinnen und Schüler in Hessen

LSV Hessen II Georg-Schlosser-Str. 16 II 35390 Gießen II [www.lsv-hessen.de](http://www.lsv-hessen.de) II [post@lsv-hessen.de](mailto:post@lsv-hessen.de) II 06/2006

## Diskussionsleitfaden

# Ausbildungsplatzmangel

Suche Ausbildung - leider ohne Erfolg!

**Alle Politiker sind sich einig: „Die Jugend ist unsere Zukunft!“ Doch real müssen wir feststellen:  
10 Jahre Lehrstellenmangel total – Politik und Wirtschaft eine Qual!**

### Zahlen:

- bereits in den 70-er und 80-er Jahren gab es Lehrstellenkrisen
- seit 1995 dauert nun die dritte Lehrstellenkrise an
- in Hessen fehlen 20.000 Ausbildungsplätze, bundesweit sind es über 200.000
- bei einer steigenden Zahl an Schulabgängern ging die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge bundesweit von 1999 bis zum Jahr 2005 um 85.379 (minus 13,5%) zurück.
- für das Jahr 2006 zeichnet sich ein weiterer Rückgang an Lehrstellen ab (Mai: minus 14 % gegenüber 2004)
- ca. 50% der Lehrstellenbewerber haben bereits eine ein- oder mehrjährige Warteschleife gedreht
- über 1,3 Mio. Jugendliche unter 25 Jahren sind inzwischen ohne berufliche Erstausbildung
- Um den Bedarf an Ausbildungsplätzen sicherzustellen, müssten in jedem Betrieb durchschnittlich 7 % der Beschäftigten Auszubildende sein (Ausbildungsplatzquote).  
Betriebe die diesen Prozentsatz unterschreiten sind am Lehrstellenmangel mitverantwortlich.
- über 75 % der Betriebe bilden überhaupt nicht aus
- größere Betriebe (Industrie) bilden durchschnittlich weniger aus als kleinere Betriebe (Handwerk)
- Die Bundesregierung beurteilt die Lehrstellensituation nur nach den noch „unversorgten Jugendlichen“. Alle Jugendlichen in Maßnahmen und Warteschleifen tauchen nicht auf. So täuscht die Bundesregierung mit ihrer schöngefärbten Statistik Öffentlichkeit und Politiker über den tatsächlichen Lehrstellenmangel.

### Rechtsgrundlagen:

- Das Grundgesetz sieht im Artikel 12 das „Recht auf die freie Wahl der Ausbildungsstätte“ vor.
- Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (BverfG) aus dem Jahr 1980 bestätigt die gesellschaftliche Ausbildungsverpflichtung der Unternehmer und fordert im Bedarfsfall eine gesetzliche Regelung (Ausbildungsplatzabgabe) zur Bereitstellung von genügend Lehrstellen.
- Das BverfG sieht im selben Urteil die freie Wahl des Ausbildungsplatzes nur dann gegeben, wenn es mindestens(!) 12,5% mehr Lehrstellen als Bewerber/innen gibt. Dies trifft seit 1995 nicht mehr zu.
- Dennoch gibt es bis heute keinen einklagbaren Rechtsanspruch auf Ausbildung.

### Die Arbeitgeber:

- wollen die Berufsschulzeiten weiter kürzen (verschlechtert die Qualität der Ausbildung)
- wollen zweijährige Schmalspurausbildungsberufe einführen (führt zur Lohnsenkung)
- erklären 20 % der Jugendlichen für nicht „ausbildungsreif“ (lenken so von ihrer eigenen Verantwortung ab)
- wollen die Ausbildungsvergütung halbieren (verschlechtert die Lebenssituation der Jugendlichen erheblich)
- lehnen eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage und damit auch das Recht auf Ausbildung ab!!!

### Die Politik:

- Die verfassungswidrige Ausbildungssituation wurde bis 1998 von der Kohlregierung, danach von Schröder und wird nun von der Regierung Merkel weitgehend tatenlos hingenommen.
- Im Juni 2004 wurde zwischen Wirtschaft und Bundesregierung ein „Ausbildungspakt“ geschlossen, der jährlich 30.000 neue (!) - das bedeutet aber nicht automatisch mehr - Ausbildungsplätze bringen soll. Diese „Kapitulationserklärung“ der Politik gegenüber der Wirtschaft hat SPD Wirtschaftsminister Clement kurz vor der geplanten gesetzlichen Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe unterzeichnet.
- Der Ausbildungsplatzmangel lässt sich nicht mit hilflosen Appellen an die Arbeitgeber und weiteren Lehrstellenversprechen (Ausbildungskonsens, 1999; Ausbildungspakt, 2004) beseitigen.  
Das haben die vergangenen 10 Jahre(!) eindrucksvoll gezeigt.

**Daher ist ein Grundrecht auf Ausbildung notwendig! Alle Betriebe sollten sich gesetzlich über eine Umlage an der Finanzierung der Ausbildung beteiligen! Wer nicht ausbildet, muss zahlen! Wer ausbildet, wird unterstützt. - Argumente für die gesetzliche Umlagefinanzierung: Eine solche Umlage stellt sicher, dass (unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung und bezogen auf die jeweilige Zahl der Jugendlichen) genügend Lehrstellen angeboten werden und sorgt für einen gerechten Ausgleich der Ausbildungskosten zwischen allen Betrieben. Der Abbau von Ausbildungsplätzen aus Profitgründen lohnt nicht mehr. Betriebe, die sonst zahlen müssen, bilden lieber selbst aus – denn das „Freikaufen“ zahlt sich nicht aus. Betriebe, die für andere Betriebe mit ausbilden, können bezuschusst werden. Die Zusammenarbeit mehrerer Betriebe (Ausbildungsverbände) wird gefördert.**



## Landesschülervertretung Hessen

Interessenvertretung aller Schülerinnen und Schüler in Hessen

LSV Hessen II Georg-Schlosser-Str. 16 II 35390 Gießen II www.lsv-hessen.de II post@lsv-hessen.de II 06/2006

## Diskussionsleitfaden

# Unterrichtsgarantie Plus [UG+]

Die Mogelpackung des hessischen Kultusministeriums „Plus“

**Unterrichtsausfall an hessischen Schulen - Ein großes Problem, doch leider nichts Neues. Immer mehr Unterricht fällt aus und muss vertreten werden. Hinzu kommen voll gestopfte Lehrpläne und zentrale Abschlussprüfungen, die einen guten verlässlichen Unterricht dringend fordern.**

Ein neues Konzept, um Unterricht zu gewährleisten, heißt „Unterrichtsgarantie Plus“. Eigentlich hört sich dieser Begriff sehr sinnvoll an, doch wenn man hinter die Kulissen schaut, fällt schnell auf, dass die hessische Landesregierung sich zwar einen netten Begriff hat einfallen lassen, das Problem des Unterrichtsausfalls aber längst nicht behoben wird.

Das Konzept fordert die Schulleitungen auf, mit einem mehr als knappen Budget, „geeignetes Fachpersonal“ in die Schulen zu holen, um dort spontan mal die ein oder andere Stunde zu vertreten, wenn's mal gerade nötig ist. Die im Konzept des hessischen Kultusministeriums enthalten Beschreibungen, „Pädagogische Eignung“ und „fachliche Qualifikation“, die die Vertretungskräfte vorweisen müssen, sind Begriffe, die nicht rechtsgültig sind, was bedeutet, dass es Sache der Schulleitungen ist, wen sie für fachlich kompetent halten oder wen nicht.

Es gibt also keine allgemein gültigen Kriterien mehr, die vorschreiben, wer den Unterricht vertreten darf und wer nicht. Eine fachliche Kompetenz des Vertretungspersonals ist also nicht mehr zwingend nötig. Sollte sich dieses Konzept erst einmal in den Schulen einbürgern, werden auf Dauer immer weniger Lehrerinnen und Lehrer eingestellt und durch billige Vertretungskräfte ersetzt. Der daraus resultierende unregelmäßige Unterricht und der wiederkehrende Frontalunterricht aus alten Zeiten stehen dann auf der Tagesordnung.

Nicht jeder Unterricht ist besser als gar kein Unterricht! Denn Leidtragende dieser miserablen und falschen Bildungspolitik sind mal wieder wir, die Schülerinnen und Schüler!

### Unsere Argumente gegen diese Vorstellung einer Unterrichtsgarantie sind:

Fachlehrerinnen und Fachlehrer dürfen nicht durch ungeschultes Vertretungspersonal ersetzt werden.

Zentrale Abschlussprüfungen setzen ein hessenweites gleiches Leistungsniveau voraus, um qualitativ gleichwertige Leistungen zu erbringen - Vertretungsunterricht á la „Unterrichtsgarantie Plus“ kann diese Qualität nicht gewährleisten.

„Unterrichtsgarantie Plus“ setzt die Unterrichtsqualität an hessischen Schulen herab.

Ausgebildete Lehrer dürfen nicht durch billiges Vertretungspersonal ersetzt werden.

### Eine qualifizierte Unterrichtsabdeckung bedeutet:

Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte und damit Reduzierung der Pflichtstundenzahl, um Spielraum für

Vertretungsstunden zu schaffen, die am besten Lehrer von der betroffenen Schule halten, um Kontinuität zu gewährleisten und Unterrichtsqualität sicherzustellen.

Einrichtung einer stadtweiten „Lehrerfeuerwehr“ bei längerem Unterrichtsausfall. Diese fest angestellten Lehrkräfte sollen keine billigen Teilzeitkräfte sondern nach Tarifvertrag des öffentlichen

Dienstes bezahlte Vollzeitkräfte sein, die an ihren jeweiligen Schulen Arbeitsgemeinschaften oder zusätzlichen Unterricht anbieten können.



## Landeschülervertretung Hessen

Interessenvertretung aller Schülerinnen und Schüler in Hessen

LSV Hessen II Georg-Schlosser-Str. 16 II 35390 Gießen II [www.lsv-hessen.de](http://www.lsv-hessen.de) II [post@lsv-hessen.de](mailto:post@lsv-hessen.de) II 06/2006

## Durchführung einer Vollversammlung

An eurer Schule besteht für euch die Möglichkeit eine Vollversammlung (VV) für alle Schüler einzuberufen. An dieser Vollversammlung können alle Schüler teilnehmen, nicht nur die Klassensprecher oder der SV-Vorstand. Es gibt zwei unterschiedliche Arten der VV, die ordentliche und die außerordentliche Vollversammlung. Eine ordentliche Vollversammlung beschließt der Schülerrat und setzt einen Termin dafür fest. Die außerordentliche VV muss durchgeführt werden, wenn es ein Fünftel der Schülerschaft beantragt oder wenn der Schülerrat es beschließt. Es ist auch möglich Teilvollversammlungen, also z.B. nur für die Mittelstufe, durchzuführen.

## Zur rechtlichen Seite

Mindestens einmal im Jahr muss eine ordentliche Schülervollversammlung durchgeführt werden. Die Zahl der außerordentlichen Vollversammlungen ist nicht beschränkt. Weitere Regelungen zu Vollversammlungen könnt ihr im § 28 der SV-Verordnung nachlesen. Diese findet ihr, sowie alle anderen Regelungen zur SV, auf: [www.schulrecht.hessen.de](http://www.schulrecht.hessen.de) unter „Verordnung über die Schülervertretungen und die Studierendenvertretung“, in der Rubrik „Schülerinnen und Schüler“.

## Wann? Wo?

Dass ihr eure VV zu einem Zeitpunkt abhaltet, an dem Arbeiten oder Klausuren geschrieben werden, verhindert ihr, indem ihr eure Verbindungslehrer bittet im Klausurenverzeichnis nach einem günstigen Termin zu schauen. Um allen Schülerinnen ausreichend Platz zu bieten, wählt ihr am besten die Turnhalle oder Aula eurer Schule als Versammlungsort. Dies müsst ihr allerdings mit eurer Schulleitung absprechen. Je nachdem wie viel Komfort erwünscht ist, könnt ihr aus Bänken und Stühlen, die ihr von eurer Schule bekommen könnt, Sitzreihen bilden.

## Ankündigung

Damit auch alle Schüler zu der VV kommen und es kein Durcheinander gibt, ist es gut, diese längerfristig anzukündigen. Am einfachsten ist dies durch einen schön gestalteten Aushang am Schwarzen Brett oder durch eine Durchsage über die Lautsprechanlage. Ein Info-Blatt an alle Klassen, wann und wo die Vollversammlung stattfindet und wie die Tagesordnung aussieht, ist ebenfalls empfehlenswert. Dieses solltet ihr auch den Lehrerinnen und Lehrern als Info geben.

## Genehmigung

Einberufen wird die Vollversammlung durch einen Beschluss des Schülerrates. Vor dem Schülerrat solltet ihr euch aber schon Gedanken zu Termin und Ablauf machen. Stellt den Ablaufplan im Schülerrat vor und fragt nach Ergänzungen. Danach geht es selbstverständlich zur Schulleitung. Mit ihr besprecht ihr Termin, Ort etc. In die Tagesordnung darf sie nicht reinreden und auch die Zulassung der Vollversammlung ist nicht von ihr abhängig. Solange es sich um Schule und SV handelt, muss sie euch Vollversammlungen zugestehen.

# Ansprechpartner

## Aktionsgruppen gegen Bildungsgebühren

### **Vernetzungsgruppe Kassel**

Christian Weiß

Hd. 0172-5738483

Marcus Blume

Hd. 0172-9603062

Beide zu erreichen unter [vernetzung@portest-kassel.de](mailto:vernetzung@portest-kassel.de)

Homepage: [www.protest-kassel.de](http://www.protest-kassel.de)

Unser Treffen findet jede Woche montags, 18:00 Uhr hinter dem AStA statt oder bei schlechtem Wetter eben im AStA. (AStA Kassel - Campus am Holändischen Platz - Nora-Platzi-Str. Nr. 2)

### **Arbeitsgruppe Schule des Protestplenums an der Uni Frankfurt**

Lena Sponzel

Hd. 0177-3006834

Falko Wertenberger

Hd. 0176-21528937

Beide zu erreichen unter [schueler-info@gmx.de](mailto:schueler-info@gmx.de)

Treffen jeden Donnerstag um 18:00 Uhr im Cafe Koz/Uni Campus Bockenheim

Homepage: [www.hessen.uebergebuhr.de/de/frankfurt](http://www.hessen.uebergebuhr.de/de/frankfurt)

### **Arbeitsgruppe Schule und Aktionsbündnis gegen Studiengebühren und Sozialabbau Marburg**

Markus Hermann

Hd. 0171-9594618

Mail: [daedalus@gmx.de](mailto:daedalus@gmx.de)

Treffen jeden Donnerstag um 18:00 HörSaalGebäude

Homepage: [www.bildungfueralle.org](http://www.bildungfueralle.org)

---

## Landesschülervertretung Hessen

Interessenvertretung aller Schülerinnen und Schüler in Hessen

LSV Hessen II Georg-Schlosser-Str. 16 II 35390 Gießen II [www.lsv-hessen.de](http://www.lsv-hessen.de) II [post@lsv-hessen.de](mailto:post@lsv-hessen.de) II 06/2006

## Landesschülervertretung über Aussage der Kultusministerin Karin Wolff zum Konzept „Unterrichtsgarantie Plus“ empört

Wenige Wochen nach der faktischen Entmachtung der Personalräte der Schulen per Gesetzesänderung wegen GEW-Protesten, folgt nun der nächste Coup von Kultusministerin Karin Wolff: die staatlichen Schulämter in Hessen sind angewiesen worden, dem Kultusministerium die Namen von Schulleiter/innen zu nennen, die sich besonders kritisch zur „Unterrichtsgarantie Plus“ geäußert haben. Auch Schulleiter/innen, die bis Schuljahresende nicht die geforderten „Vertretungspools“ eingerichtet haben, drohen, laut einem Zeitungsbericht der Frankfurter Rundschau vom 17. Juli, für drei bis sechs Monate die Abordnung an eines der 15 Schulämter.

„Wir können die antidemokratischen Bemühungen Frau Wolffs nicht weiter hinnehmen! Wer versucht, einen berechtigten politischen Diskurs durch Strafmaßnahmen oder gar per Gesetzesänderungen systematisch zu unterbinden, handelt weder verfassungskonform, noch demokratisch. Die Landesschülervertretung Hessen fordert daher die sofortige offizielle Revokation dieser Intention!“, reagiert Landesschulsprecherin Katharina Kappelhoff auf den Artikel der Frankfurter Rundschau.

„Ich bin zwar entsetzt, aber keineswegs überrascht über das Verhalten Karin Wolffs. Das gesetzliche Mundtotmachen außerparlamentarischer Opposition, ähnlich wie zu Zeiten des Absolutismus ist vielmehr bereits politische Tradition der Landesregierung unter Roland Koch.“, so der stellvertretende Landesschulsprecher Marvin Krutzinna.

„Die deutliche Zunichtemachung demokratischer bildungspolitischer Interessenvertretungen auf Schüler- und Studentenseite, als Reaktion auf eine gescheiterte Politik wird durch die aktuellsten Entwicklungen aus Wiesbaden nur allzu deutlich. Letztendlich werden dank dem neuen Zauberspruch aus dem hkm-Hexenkessel, der neuen so genannten „Unterrichtsgarantie Plus“ nun auch die Personalräte der Schulen faktisch entmachtet. Die massenhafte Belegung von Schulleiter/innen mit direkten Strafandrohungen ist für uns jedoch eine neue Qualität dieser absolut antidemokratischen Politik!“, empört sich der Landesvorstand der LSV.

„Frau Wolff scheint offenbar der gleichen Meinung wie Wissenschaftsminister Udo Corts zu sein, der auf die täglichen Proteste tausender Demonstranten gegen Studiengebühren, mit der Bemerkung >am Ende wird das Parlament entscheiden und nicht die Straße< reagierte.“, ergänzt Katharina Horn, stellvertretende Landesschulsprecherin.

„Wer auf berechnete und konstruktive Kritik gleich mit Kanone und Guillotine antwortet, sollte keine Politik machen, sondern sich erst einmal über Sinn und Zweck eines demokratischen System klar werden!“, meint Vorstandsmitglied Andreas Schaper.

„Wer unsere demokratische Grundordnung mit volksfernen politischen Machthebeln versucht einzureißen oder auch nur zu untergraben darf keinesfalls Entscheidungsträger sein. In Bezug auf die hessische Landesregierung, heißt es für alle, Protesthaltung einnehmen, auf die Straße gehen und durchhalten bis zur nächsten Wahl!“, schließt Kappelhoff.

Die LSV Hessen unterstützt die Veranstaltung der Landes-Asten-Konferenz:

# Bundesweite Demo - für freie Bildung und gesicherte Arbeitsverhältnisse

Do, 06.07. 2006  
Frankfurt

13:00 Uhr / Sternmarsch von:

Kaiserstr. (Hbf) / Uni Campus Bockenheim / Günthersburgpark (fh)

15:00 Uhr Abschlusskundgebung: Alte Oper

Demorouten zur alten Oper:

1. Kaiserstr. (Hbf): gallusanlage > mainuferkai > willy-brandt-platz > roßmarkt > Hauptwache > Fressgasse >
2. Uni Campus Bockenheim: sophienstr. > leipzigerstr. > bockenheimer ldstr. > friedrich-ebert anlage > mainzer ldstr. >
3. Günthersburgpark (wetteraustr.): rohrbacherstr. > nibelungenplatz > glauburgstr. > oeder weg > bockenheimer anlage >

## EXTRA AKTION!

**Studierende fordern Schüler zum Fußballspiel  
in der „Nibelungenplatz-ARENA“ // Anpfiff: 13:13 Uhr**

5 Schüler gegen 5 Studierende auf 5 Minuten

*Hinweis: trainiert vorher und nimmt mehr potentielle Spieler\_innen mit. Die Mannschaften sollten beide gemischt sein, wobei es bisher keinen festgelegten Anteil von Männern und Frauen gibt. Trefft euch vor dem Spiel an einer Schule, die FH macht das auf dem Campus und seit mit Mannschaft und Fans schon früh anwesend.*

*Wendet euch für diese Aktion bitte an: elite-netzwerk\_ffm@gmx.de*

# Freie Bildung für alle!

Die Einführung von Studiengebühren läuft in vielen Bundesländern auf Hochtouren. In Hessen wird das Gesetz in den Plenarsitzungen vom 11.-13. Juli und 12.-14. September im hessischen Landtag gelesen und wahrscheinlich auch verabschiedet. Aber wo auch immer die Gebühren eingeführt werden sollen - überall stoßen die Politiker auf entschiedenen Widerstand. Es geht um mehr als 500 Euro!

Es bleibt nicht bei 500 Euro Studiengebühren pro Semester zuzüglich dem Semesterbeitrag (Frankfurt: ca. 250,- €). Hessen zeigt, wohin die Reise noch geht - dort sollen Master-Studierende (ab WS 2010/11) und „Nicht - EU/EWR - Ausländer“ bis zu 1500 Euro zahlen.

Studiengebühren verschärfen die soziale Ausgrenzung im Bildungssystem massiv. Wer keine reichen Eltern hat, muss sich verschulden und zahlt dabei wegen der Zinsen auch noch drauf! Und die Zeiten sind längst vorbei, in denen ein Studienabschluss Garant für einen „guten“ Job war. Längst dominieren in vielen Tätigkeitsfeldern prekäre (schlecht bezahlte, ungesicherte) Arbeitsverhältnisse, auch für Akademiker.

Unter französischen Verhältnissen verstehen wir eine friedliche Ausbreitung des Protests auf breite Bevölkerungsschichten, weil die Studierenden verstanden haben, dass unser Widerstand gegen Ausbeutung und soziale Selektion auch der für eine sozial gerechtere Gesellschaft und eigene Perspektiven ist. Unser Kampf für ein gebührenfreies Studium richtet sich deshalb auch gegen andere Angriffe auf unsere Lebensbedingungen. Studiengebühren, Arbeitsplatzabbau, Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerung und Hartz 4 sind nur verschiedene Elemente einer Politik, die für immer mehr Menschen Verarmung bedeutet, und in der eine immer kleinere Minderheit am Wohlstand teilhaben kann. Die Abwälzung der Kosten auf die Einzelnen gibt es nicht nur an den Hochschulen: Ob Büchergeld oder Kitagebühren - überall werden wir zunehmend zu Kasse gebeten. Wir fordern: Ein Recht auf kostenlose Bildung mit einer soliden Finanzierung des Bildungssystems! Geld ist genug da. Statt Steuervergünstigungen für Reiche Umverteilung der gesellschaftlichen Reichtümer von oben nach unten! Allein durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer könnten in Hessen 1,2 Milliarden Euro mehr eingenommen werden! Wir wollen uns nicht die Zukunft verbauen, wir wollen sie uns selbst schaffen!

**Plakate und Flyer findet ihr auf: [www.hessen.uebergebuhr.de/de/frankfurt](http://www.hessen.uebergebuhr.de/de/frankfurt)**

**Landesschülervertretung Hessen**

**Interessenvertretung aller Schülerinnen und Schüler in Hessen**

LSV Hessen II Georg-Schlosser-Str. 16 II 35390 Gießen II [www.lsv-hessen.de](http://www.lsv-hessen.de) II [post@lsv-hessen.de](mailto:post@lsv-hessen.de) II 06/2006